

Da kommen einem die Tränen

Die Grüne Verkehrs- und Umweltsenatorin **Regine Günther** gefällt sich in der Opferrolle und ihre Klientel weint mit. Sie will doch nur Gutes, aber die bösen Sozis vermässeln ihr es ständig. Pop-Up-Radwege, höhere Parkgebühren, Verbannung von Benzinern und Dieselfahrzeugen aus der Innenstadt, City-Maut und eine Pflicht für Solaranlagen bei Neubauten. Schönes neues Zentrum für die Grüne Klientel, verkehrsberuhigt und sauber. Wer zu Besuch kommt, soll kräftig zahlen. „*Den Sozialdemokraten ging das zu weit,*“ schreibt heute **Gilbert Schomaker** in einem Kommentar in der Berliner Morgenpost. „*Die Kritik: Vor allem diejenigen Berliner sind betroffen und müssen zahlen, die in den Außenbezirken wohnen. Sie sind es, die neu bauen und die häufig aufs Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Während die Grünen vor allem eine Politik für die Bewohner der Innenstadt machen, geben sich die Sozialdemokraten als Vertreter gesamtstädtischer Interessen.*“, schreibt Schomaker, und Recht hat er.

Dass die Pop-Up-Radwege die erste gerichtliche Hürde nicht nehmen würden, hätte der Verwaltung von Frau Günther klar sein müssen. Zwar hat sie erst einmal verloren, aber dennoch gewonnen, denn ihre Wählerschaft nimmt sie nun als die mutige Kämpferin für die Drahteselgemeinde wahr. Ja, sichere Fahrradwege werden gebraucht. Was aber in Berlin stattfindet, ist nicht die Suche nach einem vernünftigen Miteinander von, korrekt gesagt, zu Fuß gehenden, Radfahrenden und Autofahrenden. Was stattfindet ist ein ideologischer Kampf gegen diejenigen, die aus welchem Grunde auch immer, mit einem Auto unterwegs sein wollen oder müssen.



Dieser Radweg zwischen Arnulfstraße und Prellerweg unter den S-Bahnbrücken ist eine geniale Leistung grüner Verkehrspolitik. In Richtung Insulaner bleibt eine Spur für die Autos, was zu regelmäßigem Stau führt. Der Radweg wird selten genutzt. Noch weniger nutzen Fußgänger den Bürgersteig auf dieser Strecke. Der Bürgersteig wäre breit genug für Menschen, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind. Wo man aber einen Stau einrichten kann, sollte es getan werden, scheint die Grüne Verkehrspolitik zu sein.

Im Senat geht's mal wieder rund und R2G beweist ein Jahr vor der Wahl, dass man diese Kombination eigentlich nicht mehr haben will, im Sinne der Stadt nicht mehr haben darf. Und der Linke Justizsenator **Dirk Behrendt** lässt sich von seiner Klientel für die Kopftuchentscheidung feiern. Ich kann mich gut an die Worte von **Raed Saleh** erinnern, der sagte: „Die Gemeinsamkeiten sind aufgebraucht!“ Gemeint waren seinerzeit die Gemeinsamkeiten in der Koalition von SPD und CDU. Saleh kann diesen Satz heute getrost wiederholen.

Ein Jahr vor der Wahl erklären immer mehr Senatsmitglieder, dass sie aufhören werden. **Michael Müller** will in den Bundestag, die Sozialdemokratinnen **Sandra Scheeres** und **Dilek Kalayci** haben ihren Rückzug erklärt, Finanzsenator **Matthias Kollatz** werden kaum Chancen eingeräumt, einem künftigen Senat anzugehören, **Ramona Pop** hat keinen Wahlkreis mehr und nur noch die Chance, Regierende Bürgermeisterin zu werden, was ihr **Antje Kapek** streitig machen wird. Die Grünen **Regine Günther** und **Dirk Behrendt** sollten sich auch verabschieden. Der neue Bausenator **Sebastian Scheel** ist noch zu frisch im Amt, um gleich wieder aufzuhören. Die andere Linke im Senat, **Elke Breitenbach**, macht unaufgeregt ihren Job, unauffällig agiert Berlins beliebtester Linker, **Klaus Lederer**, und als Fels in der sozialdemokratischen Brandung bleibt Innensenator **Andreas Geisel** übrig, der mit **Franziska Giffey** gut kann, was ihm nichts nützen wird, weil sie kaum eine Chance hat, ins Rote Rathaus einzuziehen. Ich bin sehr dafür, dass Jobs zu Ende geführt werden, deshalb kommt eine Neuwahl eigentlich nicht in Frage. Die Vorstellung jedoch, dieses Drama noch ein Jahr ertragen zu müssen, ist auch nicht schön. Doch was wäre durch Neuwahlen gewonnen? Höchstens eine neue Reihenfolge in der Koalition, statt R2G, GR2.

Ed Koch